

Høhere Rente fpr 5.800 DDR-Hæftlinge: Gerechtigkeit nach Jahren des Unrechts!

Ab Juli 2025 erhalten 5.800 ehemalige DDR-Hæftlinge in Berlin høhere Rente und vereinfachte Antragsverfahren.



Berlin, Deutschland - Ab dem 1. Juli 2025 erhalten rund 5.800 ehemalige Hæftlinge der DDR eine erhøhte monatliche Rente von 400 Euro. Diese Maánahme ist Teil eines neuen Bundesgesetzes, das im Februar verabschiedet wurde und nun auch vom Bundesrat beståtigt wurde. Das Landesamt fpr Gesundheit und Soziales (Lageso) in Berlin ist fpr die Auszahlung zustændig, wobei es unerheblich ist, wo die Antragsteller wohnen. Bundesweit haben etwa 36.000 Personen Anspruch auf diese Entschædigungsleistungen, die speziell fpr politisch Verfolgte des SED-Regimes in der DDR ausgelegt sind, berichtet [rbb24](#).

Die Rente steigt um 70 Euro, und durch eine neu eingefphrte Dynamisierung wird sie kpnftig automatisch mit der allgemeinen

Rentenentwicklung angepasst. Zudem entfällt die bisherige Bedürftigkeitsprüfung, was bedeutet, dass Anträge nun unabhängig vom Einkommen gestellt werden können. Dies stellt einen wesentlichen Schritt zur Verbesserung der finanziellen Situation der ehemaligen Häftlinge dar und wird als Fortschritt im Wiedergutmachungsprozess angesehen.

Reform im Wiedergutmachungsprozess

Laut **Tagesspiegel** stellt diese Reform eine bedeutende Erleichterung für die Opfer des SED-Regimes dar. Das Gesetz zur Verbesserung der Entschädigungsleistungen vereinfacht zudem die Anerkennung gesundheitlicher Folgeschäden bei SED-Opfern und sieht die Einrichtung eines Härtefallfonds vor, um weiteren Opfern Unterstützung zukommen zu lassen.

Ein weiterer wichtiger Punkt der Reform ist das neu eingeführte Zweitantragsrecht für Menschen, deren vorheriger Antrag auf strafrechtliche Rehabilitierung abgelehnt wurde. Dies gibt den Betroffenen die Möglichkeit, Anspruch auf Entschädigungen in Fällen zu bekunden, die zuvor nicht anerkannt wurden. Laut Informationen des Bundestags wird auch die Ausgleichsleistung für beruflich Verfolgte zum 1. Juli von 240 Euro auf 291 Euro erhöht und wird ab 2026 ebenfalls dynamisiert.

Unterstützung für besondere Härtefälle

Zusätzlich zur Erhöhung der Renten wird eine einmalige Zahlung für Opfer von Zwangsaussiedlungen auf 7.500 Euro angehoben. Auch Opfer von Zersetzungsmaßnahmen außerhalb des Beitrittsgebietes können mit einer Zahlung von 1.500 Euro rechnen. Dies sieht **Bundestag.de** vor.

Lageso-Präsident Alexander Straämeir hebt hervor, dass durch diese Reformen nicht nur die finanzielle Lage der politisch Verfolgten verbessert wird, sondern dass auch das öffentliche Bewusstsein für das erlittene Unrecht gestärkt wird. Die zuständige Behörde hat zudem ihre Kommunikationskanäle

erweitert, um Betroffenen Informationen über die Antragsverfahren und verfügbaren Leistungen zur Verfügung zu stellen.

Details	
Ort	Berlin, Deutschland
Quellen	• www.rbb24.de • www.tagesspiegel.de • www.bundestag.de

Besuchen Sie uns auf: mein-berlin.net